Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 1251

Übersicht

über

Anträge

des Ausschusses für Petitionen des Deutschen Bundestages

nach dem Stand vom 23. Juli 1950

Anträge:

I. Die Petitionen

1. Nr. 436 von Bruno Vollmann in Bremen um Verwendung im Kriminalpolizeiamt als Sach- oder Personalsachbearbeiter einer Bundespolizeibehörde oder als qualifizierter Lehrer an Schulen der Polizei oder Grenzpolizei,
2. Nr. 762 von Dr. jur. Hans Rambeck in Roding (Obf.) um Übernahme in den Dienst der Bundesarbeitsverwaltung,
3. Nr. 3731 von Dipl.-Ing. Ernst Th. Müller in Salzgitter um Verschaffung eines Arbeitsplatzes als Schwerbeschädigter,
4. Nr. 3770 von Luise Erdloff in Heide (Holstein) um die Erlaubnis zur freien Vermietung ihrer Zimmer zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes,
5. Nr. 3832 von Friedrich Bliesath in Hohenhameln über Lehrte in Hann. um eine Schulausbildungsbeihilfe für seine Tochter,
6. Nr. 4124 von Auguste Rabba-Kruse in Soltau (Hannover) um Unterstützung ihres Gnadengesuches für ihren wegen Weidediebstahls und Schwarzschlachtens zu 3 Jahren und 3 Monaten verurteilten Sohn Carl-Georg Kruse,
7. Nr. 4160 von Freya Burckhardt in Vallendahr (Rhein), Kreis Koblenz, um ein Darlehen von 1000 DM für die Herstellung des Anschlusses ihres Holzhäuschens an die staatliche Rebanlagen-Wasserleitung,
8. Nr. 4338 des Stadtobersekretärs i. R. Kurt Lauterberg in Lemförde (Hannover) um Anerkennung als politisch Verfolgter nach Ablehnung durch den Kreis-Sonderhilfsausschuß Diepholz,
9. Nr. 4402 von Hanna Gerzig in Köln-Deutz um Gewährung der Soforthilfe,
10. Nr. 4572 von Albert Klein in Castrop-Rauxel um Auskunft, an welche Stelle er sich noch wegen Bezahlung des ihm im Jahre 1945 durch die Stadt Castrop-Rauxel beschlagnahmten Viehs wenden kann,
11. Nr. 4593 der Moss-Akkumulatoren-K.G. in Hannover-Döhren um ein Verbot aller Werbeschilder und Reklamen in Behörden und öffentlichen Dienststellen,
12. Nr. 4646 von Mia Peters in Geilenkirchen bei Aachen um Umquartierung eines Mieters aus ihrem Hause, damit einem gleichfalls dort wohnenden Arzt eine menschenwürdige Wohnung und ihr eine Lebensexistenz geschaffen wird,

der Bundesregierung zur Erwägung zu überweisen;

II. die Petitionen

1. Nr. 468 von W. Jakobi in Wattenscheid um Gewährung der Konzession a) für sein Mietwagengeschäft und b) für einen Telefonanschluß,
2. Nr. 529 von Adolf Welsch in Michelau (Ofr.) um Zuweisung einer Stelle als Verwaltungsangestellter bei einer der Bundesbehörden,
3. Nr. 888 des Oberrechnungsrats a. D. Karl Heinrich in Wien um Gewährung der Pension und Anweisung eines Vorschusses in Höhe einer Monatspension,
4. Nr. 1613 von Johann Kerzel in Katlenburg, Kreis Northeim (Hannover), um finanzielle Hilfe aus einer außergewöhnlichen Notlage,
5. Nr. 2440 von Wilhelm Hoffmanns in Holtwick, Kreis Coesfeld, um Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist für Angestellte im öffentlichen Dienst und Nachzahlung des Gehalts für die Kündigungszeit,
6. Nr. 2768 von Fritz Stabaginski in Königsdahlum (Harz) über Derneburg um Eröffnung eines Verfahrens gegen die in Flensburg während des Krieges tätige Kriminalpolizei wegen Beihilfe zur Tötung von Zigeunern und Zigeunermischlingen,

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei Gebr. Scheur, Bonn
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 30, und Wiesbaden, Nietzschestraße 1

7. Nr. 2841 von Philipp Deichmann in Wiesbaden-Kostheim um Kenntnisnahme von einer Meineidsanzeige gegen einen Polizeibeamten,
8. Nr. 2880 von Heinrich Reinshagen in Hagen-Haspe um Rückgängigmachung der Entlassung von der Stadtverwaltung Hagen als Angestellter,
9. Nr. 2887 des Regierungsrates a. D. Joachim Graser in Neu-Ulm um sofortige Übernahme in den Beamtendienst als ehem. Beamter einer Reichsbehörde,
10. Nr. 3310 von Heinrich Dröge in Rheinhausen um Nachforschung nach seinem zuletzt beim RAD in Thüringen tätig gewesenen und jetzt vermißten Sohn,
11. Nr. 3320 von Frau Anny Kunz in Hanau (Hessen) um Aufwertung ihrer kapitalisierten Rente, die aus der fahrlässigen Tötung ihres Ehemannes durch einen amerikanischen Soldaten herrührt,
12. Nr. 3328 von Sigrid Schumacher in Blomberg (Lippe) um Nachforschung nach ihrem in russischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Ehemann,
13. Nr. 3339 von August Ohlmer in Rinteln (Weser) um Hilfe in seiner großen Notlage,
14. Nr. 3370 von Josef Baldermann in Göttingen um Gewährung der Hausrathilfe,
15. Nr. 3403 des Ingenieurs Adolf Niesporek in Kreiensen (Harz) um Anerkennung als Flüchtling und um Aushändigung des Vertriebenenscheines „A“,
16. Nr. 3423 von Friedrich Horst in Solingen-Merscheid um Erhöhung des Fürsorgeanteils für den Unterhalt seines in einer Heil- und Pflegeanstalt untergebrachten Sohnes,
17. Nr. 3431 von Erna Schmidt in Dresden um Nachforschung nach ihrem in Rumänien kriegsgefangenen Ehemann,
18. Nr. 3437 von Gustav Margenfeld in Heide (Holstein) um Bewilligung der abgelehnten Hausrathilfe,
19. Nr. 3438 des Lehrers Werner Scharnweber in Langendorf/Dannenberg-Land um Erlaß der Abzüge von der Arbeitslosenfürsorge für seinen Nebenverdienst,
20. Nr. 3443 von Friedrich Lahnerz in München-Allach um Ermöglichung der Auswanderung nach Frankreich oder nach Übersee,
21. Nr. 3448 von Herbert Ruschmeier in Wanne-Eickel um eine Studienbeihilfe,
22. Nr. 3505 von Max R. Kruska in Regensburg um Vermittlung einer Arbeit gleich welcher Art oder Übertragung einer Mission bei späterer Anbahnung von Auslandsbeziehungen,
23. Nr. 3545 von Wolfgang Graß in Barnkrug über Stade um bevorzugte Einstellung in den Postdienst als Spätheimkehrer,
24. Nr. 3567 von Ernst von Schweinicken in Opladen um Entschädigung für das ihm von der Militärregierung enteignete Gebäude auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Aschaffenburg,
25. Nr. 3572 von Wilhelm Wessel sen. in Bessingen, Hameln-Land, um Gewährung von Unterhaltshilfe aus dem Soforthilfegesetz,
26. Nr. 3608 von Wilhelm Weiberg in Hannover-Linden um Nachforschung nach dem Verbleib seines Sohnes und der gesamten Panzer-Jägerabteilung 171 in der 71. Infanterie-Division,
27. Nr. 3641 von Ferdinand Muggenthaler in Landshut um Übernahme des Restes der bis zum Kriegsende vom Reich übernommenen Kosten für den Kuraufenthalt seiner Frau in der Schweiz bis zu ihrem Tode im September 1945,
28. Nr. 3642 von Georg Fleischhacker jr. in Wahlbach, Kreis Siegen (Westf.), um Wiedereinstellung als Regierungsinspektor-Anwärter nach seiner im Dritten Reich aus politischen Gründen erfolgten Kündigung als heimatvertriebener Heimkehrer,
29. Nr. 3674 von Ernst Alfred Müller in Burtenbach (Schwaben) um Rückerstattung des der Deutschen Gesandtschaft in Sofia zu treuen Händen übergebenen Betrages von 50 000 bulg. Lewa,
30. Nr. 3690 der Papierausstattungsfabrik Hans Heitzer in Düsseldorf-Gerresheim um Angabe einer Möglichkeit zur Erlangung eines Produktivkredites,
31. Nr. 3701 von Johanna Köhler in Regensburg um eine staatliche Anstellung als Fürsorgerin, jedoch womöglich nicht im Stadtkreis Regensburg,
32. Nr. 3726 von Frau Henriette Güth in Köln um Zuerkennung einer Kriegsversehrtenrente für ihren Ehemann trotz Ablehnung durch das Oberversicherungsamt,
33. Nr. 3732 von Maria Feise in Hannover um Hilfe in ihrer großen Notlage,
34. Nr. 3785 von Herta Steuben in Augsburg um Hilfe für ihren in der Tschechoslowakei wegen Zugehörigkeit zur Gestapo zu 25 Jahren schweren Kerkers verurteilten Ehemann,
35. Nr. 3801 von Eugen Krummich in Karlsruhe um Gewährung eines Zuschusses zur Wiederherstellung seines Krankenfahrstuhles,
36. Nr. 3809 des Steuerinspektors Otto Scherer in Regensburg um Beförderung zum Obersteuerinspektor,
37. Nr. 3812 von Carl Georg Alboth in Wetzlar (Lahn) um Herabsetzung des Zinsfußes für seinen staatsverbürgten Flüchtlingskredit von 20 000 DM und gegebenenfalls um ein weiteres Darlehen,

38. Nr. 3814 des heimatvertriebenen Arno Kramer in Rinteln (Weser) um Wiedereinstellung bei einem Arbeitsamt,

39. Nr. 3824 von Willi Grigat in Niederschelden/Sieg (Westfalen) um Hilfe in seiner großen Notlage,

40. Nr. 3829 von Adam Stutzki in Gelsenkirchen um Änderung seines Namens in „Stutzke“,

41. Nr. 3835 des Lederwarenhändlers Hugo Bessert in Traunstein um Bewilligung des vollen Flüchtlingsproduktivkredites in Höhe von 20 000 DM,

42. Nr. 3846 von Friedrich Linus in Zell bei Würzburg um Berechnung seiner Soforthilfeabgaben nach dem ab 1. Januar 1949 neu festgesetzten Einheitswert,

43. Nr. 3845 von Herbert Zloterzenski in Berlin um finanzielle Hilfe für die Ausgebombten,

44. Nr. 3852 von Herbert Schaft in Erlangen um Genehmigung der Hausrathilfe,

45. Nr. 3853 von Maria Dierner in Herpersdorf über Lauf (Pegnitz) um Nachzahlung der Kriegsbeschädigtenrente für ihren Ehemann für die Zeit vom 1. März bis 31. Dezember 1948 und um 20%ige Erhöhung der Rente,

46. Nr. 3892 von Friedrich Heinz in Bonn um Verschaffung einer Arbeit als Schlosser zur Erhaltung seiner Existenz,

47. Nr. 3932 von Josef Böhm in Ebersdorf über Fürth in Bayern um Vermittlung eines Kredites zur Anschaffung eines Krankenfahrstuhles,

48. Nr. 3953 von Hedwig Gottschlich in Miltenberg (Main) um Beschaffung von 500 DM zur Finanzierung des Examens ihres Sohnes als Tiermediziner,

49. Nr. 3957 von Karl Demme in Castrop-Rauxel um Auszahlung der restlichen Abfindungssumme von 2500 DM nach zwölfjährigem Polizeidienst,

50. Nr. 3970 von Elise Flusty in Fürth um Zwangsausweisung ihres Ehemannes, mit dem sie in Scheidung lebt und der ihr nach dem Leben trachtet, aus der gemeinsamen Wohnung,

51. Nr. 3984 des Paters Remigius Chmurzynski in Walberberg bei Köln um Weiterzahlung der Versorgungsbezüge an seinen von Berlin nach Oldenburg übergesiedelten Vater, den Oberzollsekretär a. D. Johann Chmurzynski, und Herbeiführung einer Regelung dieser Frage auf Bundesbasis,

52. Nr. 3999 von Wilhelm Sieber in Ulm (Donau) um Verschaffung einer Arbeitsmöglichkeit,

53. Nr. 4007 von Adele Laue in Hoheneggelsen, Kreis Marienburg, um Zuweisung einer passenden Arbeitsstelle für ihren Ehemann zur Behebung ihrer wirtschaftlichen Notlage,

54. Nr. 4018 des Werkmeisters Alfred Kunze in Fürth (Bayern) um Wiedereinstellung in eine seiner früheren Tätigkeit als Reichsangestellter bei der Wehrmacht entsprechenden Arbeitsstelle,

55. Nr. 4031 des Elektroingenieurs Otto Fuchs in Rothenburg o. Tbr. um Wiedereinstellung oder Pensionierung durch die Bundespost,

56. Nr. 4046 von Josef Deutsch in Menden (Rheinland) um Überprüfung der im Jahre 1945 erfolgten Beschlagnahme seines Personenkraftwagens,

57. Nr. 4053 des Vermessungsinspektors Berthold Goldenstein in Emden um Unterbringung in seinem Beruf unter Berücksichtigung seines in der Gefangenschaft aufgetretenen nervösen Leidens oder Pensionierung aus seinem alten Beamtenverhältnis,

58. Nr. 4080 von Kunigunde Feulner in Schnaid bei Kronach (Ofr.) um Hilfe bei ihrem Antrag auf Fürsorgeunterstützung,

59. Nr. 4099 von Wilhelm Guhl in Berlin-Charlottenburg um Wiedergutmachung seines im Dritten Reich erlittenen Schadens durch Wiedereinstellung in den Bundesdienst oder nachträgliche Beförderung, die ihm wegen seiner NS-Gegnerschaft versagt wurde,

60. Nr. 4118 von Frau Klara Schmidt in Langenau (Württ.) um Gewährung der Unterhaltshilfe aus der Soforthilfe,

61. Nr. 4127 von Ferdinand Polzer in Biedenkopf a. d. Lahn um Hilfe bei der Erlangung seiner Rente nach dem vom Bund zu erlassenden Fremdrentengesetz,

62. Nr. 4134 von Karl Wondra in Katzenfurt, Kreis Wetzlar/Lahn (Hessen), um Genehmigung seines beim Soforthilfeamt in Wetzlar gestellten und immer noch unerledigten Antrages auf Hausrathilfe,

63. Nr. 4135 des Zahnarztes Dr. Max Schwander in Ulm (Donau) um ein zinsloses Darlehen für einen Baukostenzuschuß,

64. Nr. 4139 der Oberpostinspektorswitwe Anna Schneider in München um Gewährung der Witwenpension in ihrer Heimat in München,

65. Nr. 4162 von Elfriede Zenzinger in Hohenstadt, Krs. Buchen über Osterburken (Baden), um Nachforschungen nach dem Verbleib ihres gefangenen Ehemannes und ihres Bruders Franz Axmann,

66. Nr. 4154 des Meisters der Schutzpolizei a. D. Willy Körner in Kalterherberg, Kreis Monschau (Eifel), um Wiedereinstellung in den Polizeidienst,

67. Nr. 4187 von Ernst Schmiedel in Fürth (Bayern) um Überprüfung der ihm versagten Wiedereinstellung durch das Bayerische Wirtschaftsministerium,

68. Nr. 4203 von Frau F. Meyer-Eckey in Schwerte (Ruhr) um anderweitige Unterbringung eines in ihrem Landarbeiterhaus wohnenden Invaliden, um darin eine landwirtschaftliche Hilfskraft unterbringen zu können,

69. Nr. 4214 von Hermann Krämer in Berlin-Mariendorf um Wiederverwendung im Beamtendienst, nach Möglichkeit im konsularischen Dienst,

70. Nr. 4218 von Heinz Gelb in Hockenheim (Baden) um Vermittlung eines Darlehens von ca. 4000 DM zur Errichtung eines Zweifamilienhauses,

71. Nr. 4219 von Curt Maatz in Berlin-Frohnau um Gewährung der ihm vom Magistrat der Stadt Berlin abgelehnten Versorgung und um Auskunft über die gesetzlichen Bestimmungen über die Gewährung von Versorgungsbezügen in der Westzone,

72. Nr. 4234 von Adam Lauterbach in Kulmbach-Mangersreuth um Umtausch seiner in Italien ersparten und beschlagnahmten Löhnung von insgesamt 2500 Lire in D-Mark-Einheit,

73. Nr. 4264 von Alfred Hintz in Celle um Auskunft, an welche Stelle er ein Gesuch um Einstellung in der geplanten Bundesdruckerei als Schriftsetzer oder als Kraftfahrer richten kann,

74. Nr. 4281 des Textilkaufmanns Werner Hönsch in Ulm-Söflingen (Donau) um Unterstützung seiner Bemühungen um die Erlangung einer anderen Wohnung,

75. Nr. 4303 des ehem. Wehrmachtsbeamten Fritz Kießig in Kühbach, Post Floß (Opf.), um Verwendung im Verwaltungsdienst als Beamter oder Angestellter,

76. Nr. 4309 von Albert Mathieu in Bonn um Wiederverwendung im Polizeidienst nach Ablehnung seines Gesuches durch das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen,

77. Nr. 4333 von Arnold Scheuffgen in Herrlingen (Württ.), Kreis Ulm (Donau), um beschleunigte Ausstellung eines Reisepasses nach Österreich zum Besuch seiner dort lebenden verheirateten Tochter,

78. Nr. 4343 des Friseurmeisters Hans Lünemann in Oberhausen-Osterfeld um Zuweisung einer Wohnung für die in gewerblichen Räumen in seinem Elternhaus wohnende Familie, damit er in diesen Räumen als Heimkehrer eine Existenz aufbauen kann,

79. Nr. 4353 von Else von Vietinghoff in Donnerhorst, Post Verden/Aller-Land (Niedersachsen), um Gewährung einer Überbrückungsbeihilfe bis zur endgültigen Regelung ihrer Pensionsansprüche,

80. Nr. 4368 des Dipl.-Volkswirts Dr. Wilhelm Volkmann in Northeim (Hannover) um Zulassung als Wirtschaftsprüfer ohne Ablegung einer Prüfung im Wege der Wiedergutmachung,

81. Nr. 4378 des Bezirksvereins Eschenau, Kreis Erlangen, betr. Entschließung gegen die verleumderische Berichterstattung im „Nürnberger 8-Uhr-Blatt" über den Schulrat Löffler wegen des Vorfalls in der Schule zu Brand, Kreis Erlangen,

82. Nr. 4386 der Firma Hans Kern, Uhren und Goldwaren, Inhaber W. Nixdorf in Regensburg um Befürwortung seines Gesuchs um Gewährung eines Kredits von 20 000 DM aus dem Arbeitsbeschaffungsfond,

83. Nr. 4387 von Emma Kammann in Regensburg um Gewährung der ihr bisher abgelehnten Unterhalts- und Hausrathilfe,

84. Nr. 4410 des Stadtinspektors Max Sens in Berlin-Wilmersdorf um a) Nachforschung nach dem Verbleib seines an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen gerichteten Bewerbungsschreibens vom 28. Oktober 1949 und b) Klärung seiner Ansprüche auf Wiedereinstellung bei der Stadt Berlin,

85. Nr. 4432 des Inhabers der St. Sebastian-Drogerie Rudolf Hofmann in Dormitz bei Erlangen um Vermittlung eines wegen fehlender Sicherheitsleistung bisher abgelehnten Flüchtlingskredites,

86. Nr. 4433 des Reichsbahnsekretärs Josef Frechen in Haan, Bez. Köln, um Wiederverwendung bei der Bundesbahn,

87. Nr. 4440 von Johann Vierheilig in Pfersdorf, Kreis Schweinfurt, um Unterstützung seiner Bemühungen um eine unabgewertete Rente für einen durch die Besatzungsmacht herbeigeführten Körperschaden,

88. Nr. 4445 von Wilhelm Danz in Mainz um Aufnahme seines Sohnes in das Gymnasium, nachdem dieser 1943 aus politischen Gründen zum Verlassen der Anstalt gezwungen und seine Wiederaufnahme jetzt verweigert wurde,

89. Nr. 4446 von Eduard Kreibich in Büren in Westfalen um Wiedereinstellung bei der Bundesbahn,

90. Nr. 4471 des Technikers Franz Kiss in Koblenz-Ehrenbreitstein um Unterstützung seiner Arbeiten für den allgemeinen Weltfrieden und für das Wohl des deutschen Volkes,

91. Nr. 4498 von Heinrich Michler in Empelde über Hannover betr. Beschwerde über die Günstlingswirtschaft in seinem Flüchtlingslager,

92. Nr. 4527 der Witwe Anna Hoffmann und deren Töchter Käthe Ziegler und Hildegard Mommers in Krefeld um beschleunigte Auszahlung der der Witwe Hoffmann seit 1921 zustehenden und bisher vorenthaltenen Hinterbliebenenrente durch die Landesversicherungsanstalt,
93. Nr. 4556 von Wilhelmine Reese in Berlin-Charlottenburg um Nachzahlung ihrer Wohlfahrtsunterstützung für die Monate September bis November 1949,
94. Nr. 4561 von Emil Otto in Neustadt bei Coburg um Vorauszahlung von 500 DM auf seine nach Art. 131 des Grundgesetzes ihm zustehende Pension,
95. Nr. 4562 der Bayerischen Exportbierbrauerei Heyd & Scheuernstuhl in Kitzingen a. Main um Auskunft, wie sich der Hauseigentümer eines für die amerikanische Besatzungsmacht beschlagnahmten Einfamilienhauses zu dem den Charakter des Einfamilienhauses beseitigenden geplanten Luxusum- und Anbau verhalten soll,
96. Nr. 4588 von Charlotte Falkenstein in Mühlacker um Ablehnung des durch das Schweizer Konsulat für den Schweizer Hypothekengläubiger eingelegten Einspruchs gegen die Abwertung der Hypothek,
97. Nr. 4616 des Kriminalobersekretärs Wilhelm Krause in Berlin um Berücksichtigung bei den Einstellungen beim Bundeskriminalamt,
98. Nr. 4664 von J. Oswald Obst in Bocholt i. W. um Wiedergutmachung des ihm durch die Stillegung seines Betriebes seitens der Naziregierung zugefügten Schadens, der auch durch die jetzige Regierung durch Versagen der Produktionsgenehmigung und Rohstoffzuteilung nur noch vergrößert wurde,
99. Nr. 4667 von Helmut Rudorf in Kehdingbruch über Otterndorf (N.-E.) um Hilfe in seiner unverschuldeten Notlage,
100. Nr. 4685 von Paul Müller in Windsheim, Kreis Uffenheim (Mfr.), um Wahrung der mündlich zugesicherten Verkaufsrechte und des 20-jährigen Kündigungsschutzes für die Mieter von 10 Eigenheimsiedlungen in Windsheim,
101. Nr. 4687 von Wilhelm Glowig in Brunnenthal, Kreis Hof (Saale), um Vermittlung einer seinen Fähigkeiten entsprechenden Verwaltungsstelle,
102. Nr. 4709 von Adolf Peters in Natzungen, Kreis Warburg, um Unterstützung seines an das Bundesinnenministerium gerichteten Einstellungsgesuchs,
103. Nr. 4723 von Wilhelm Wolf in Bonn um Zuweisung einer Wohnung möglichst im Block 6 des Bundestages,
104. Nr. 4765 von Ferdinand Rahder in Hamburg um Genehmigung seines bisher abgelehnten Antrages auf Unterhaltshilfe,
105. Nr. 4796 von Ernst v. d. Heiden in Duisburg um Räumung seiner Wohnung von Zwangsmietern,
106. Nr. 4814 von Ernst-August Vollmer in Celle (Hannover) um Vermittlung einer Anstellung im gehobenen auswärtigen Dienst,
107. Nr. 4825 von Dr. Albert Bergmann in Sudmühle über Münster (Westfalen) um Einstellung bei der Landesversicherungsanstalt Münster (Westfalen),
108. Nr. 4881 von C. Theodor Boos in Gelmer über Münster (Westfalen) um Wiederherstellung seiner Existenz durch Vermittlung von Krediten zur Wiederherstellung seines Schleppkahnes,
109. Nr. 4902 von Heinrich Schulten in Oeding (Westfalen) um Auskunft über die Bereitstellung von Mitteln zur Fertigstellung seines im Rohbau befindlichen Hauses,
110. Nr. 4923 von Anna Weisel in Butzbach, Kreis Friedberg, um Beschleunigung der Behandlung ihres im September 1949 gestellten Rentenantrages,
111. Nr. 4960 der Eheleute Adolf Lang in Homberg (Niederrhein) um Zuweisung einer größeren Wohnung,
112. Nr. 4990 von Walter Müller in Neuenkirchen bei Rheine (Westf.) um Vermittlung eines langfristigen Darlehens zur Behebung seiner wirtschaftlichen Notlage,
113. Nr. 5020 von Amalie Jung in Dortmund um Erwirkung der Genehmigung ihres Bauvorhabens,
114. Nr. 5030 von Emma Puchert in Leverkusen-Bürrig um Zuweisung einer anderen Wohnung,
115. Nr. 5069 von Fritz Riemer in Kulmbach um Anerkennung als Heimatvertriebener und Erwirkung der Genehmigung des Zuzugs nach Kulmbach,
116. Nr. 5099 des Handlungsvertreters Michael Mertel in Nürnberg betr. Beschwerde wegen Verschleppung seiner Rentenangelegenheit und wegen Verweigerung der Unterstützung aus der Soforthilfe,
117. Nr. 5123 von Günter Berns in Berlin-Neukölln um Vermittlung einer Bauleiter- oder Bautechnikerstellung während der Semesterferien für zwei Studenten der Staatsbauschule in Berlin

der Bundesregierung zur Behandlung zu überweisen;

III. die Petitionen

1. Nr. 2437 von Johann Reis in Lohauserholz über Hamm (Westf.) um Versorgung der Siedlung mit Wasser und Licht durch die Stadt zur Unterbindung ungerechtfertigten Spekulationsgewinnes — mit Stellungnahme des Amtes Pelkum vom 20. April 1950,

2. Nr. 2798 von Kurt Post in Dortmund-Dorstfeld um Wiedereinstellung in den Polizeidienst,

3. Nr. 3875 der Flüchtlingsvertretung der Gemeinde Wittelshofen, Kreis Dinkelsbühl, um Beschränkung der Gehälter auf 1000 DM, ferner der unproduktiven Bautätigkeit an Kirchen und dergl. und der Staatsausgaben, solange die Not der Flüchtlinge noch nicht gelindert ist,

4. Nr. 3860 von Eva Strobel in Kornwestheim-Stuttgart um Verhütung der Verschwendung der Steuergelder durch die Bundesregierung,

5. Nr. 3911 von Josef Behlen in Düren um Gewährung einer Sozial- oder einer Kriegsbeschädigtenrente,

6. Nr. 4318 des ehem. Hauptmanns der Schutzpolizei Richard Opitz in Bochum um Wiederverwendung als Beamter oder um eine diesbezügliche Regelung für alte Personen, die aus anderen als beamtenrechtlichen Gründen entlassen wurden,

7. Nr. 4456 des Majors a. D. Klemens Etschelt in Eltville (Rhein) um Gewährung seiner Beamtenpension als ehem. Polizeibeamter in Thüringen und nicht einer Offizierspension, die ihm 1923 zugesprochen wurde,

8. Nr. 4458 von Josef Hesse in Drolshagen (Westf.) um Anrechnung der Wehrdienst- und Gefangenschaftszeit auf das Besoldungsdienstalter bei Einstellung bei der Behörde,

9. Nr. 4483 von Josef Jörg in Frankenwinheim bei Gerolzhofen (Unterfranken) um Freigabe seiner im Wege freiwilliger Vereinbarung erworbenen jüdischen Grundstücke aus der Verwaltung der Vermögenskontrolle,

10. Nr. 4514 von Lotte Hoffmann in Stade (Elbe) um Abschaffung der Anrede „Fräulein" für die unverheiratete Frau zur teilweisen Lösung des Problems des Frauenüberschusses,

11. Nr. 4575 von Kurt Lamprecht in Heilsbronn b. Ansbach (Mfr.) um Auszahlung der Entschädigung für seine angemeldeten Kriegsschäden zur Erlangung einer menschenwürdigen Wohnung an seinem Arbeitsort,

12. Nr. 4632 des Bezirksverbandes Detmold des Reichsverbandes der Bombengeschädigten Deutschlands e. V. in Pivitsheide (Westfalen) um Gleichstellung der Bombengeschädigten mit den Flüchtlingen, Rückführung in ihre Heimat und Durchführung eines großzügigen Wohnungsbauprogramms,

der Bundesregierung als Material zu überweisen;

IV. die Petitionen

1. Nr. 512 von Theodor Hudde in Rüthen um Hilfe in seiner unverschuldeten Notlage — mit den Stellungnahmen der Amtsverwaltung Rüthen vom 11. April 1950 und des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 15. Mai 1950,

2. Nr. 553 von Wilhelm Höpfner in Garbeck um a) Anerkennung als Flüchtling, b) Erwirkung der Zuzugsgenehmigung nach Langenfeld (Rheinland) — mit Stellungnahme des Sozialministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 1. Juni 1950,

3. Nr. 573 von Hildegard Schiltz in Weende bei Göttingen um Belassung in der Wohnung ihres Elternhauses — mit Stellungnahme des Regierungspräsidenten in Hildesheim vom 28. Februar 1950,

4. Nr. 725 von Frau Hanny Westphal in Bad Pyrmont um Unterstützung ihrer Bemühungen um Zuweisung eines anderen Zimmers — mit Stellungnahme des Niedersächsischen Ministers für Arbeit, Aufbau und Gesundheit vom 6. Juni 1950,

5. Nr. 811 von Peter Kirchhofer in Kirchanschöring b. Laufen (Obb.) um Wiedereinstellung in der bayerischen Finanzverwaltung; hier Bekanntgabe des Bescheides des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen vom 18. April 1950,

6. Nr. 883 von Franz Agethen in Gevelsberg (Westfalen) um Gewährung einer finanziellen Hilfe für die Volldemontage seiner Fabrik für Präzisionsdrehteile und Armaturen — mit Stellungnahme des Justizministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 12. Mai 1950,

7. Nr. 949 von C. Hellfrisch in Rheydt um Rückzahlung der Abzüge an seinem Ruhegehalt — mit Stellungnahme des Bundespostministeriums vom 20. Juni 1950,

8. Nr. 1012 von Berta Starzmann in Geislingen/Steige (Württemberg) um Freigabe der von der Besatzungsmacht beschlagnahmten Häuser in der Stadt Geislingen/Steige,

9. Nr. 1031 von Dittmar Biesterfeld in Hof Dickhusen bei Tönning/Eiderstedt (Schleswig-Holstein) betr. Anklage gegen den 1. Senat des Oberlandesgerichts von Kiel wegen des am 20. Dezember 1937 ergangenen auf Verbringung in eine Irrenanstalt wegen Geisteskrankheit lautenden Urteils,

10. Nr. 1107 von Frau Bernhardine Helbach in Massen bei Unna um Erwirkung der Wiederübernahme der Kosten für die Wohnungsmiete durch das Wohlfahrtsamt,

11. Nr. 1152 von Frieda Langhans in Hagen i. Westf. um Genehmigung des Zuzugs nach Hagen,

12. Nr. 1166 von Karl König in Unterweissach/Württemberg um Gewährung einer Entschädigung für den beim Bahntransport erlittenen Verlust einer Wohnungseinrichtung im Werte von 15 000 RM,

13. Nr. 1216 von Werner Blome in Breckerfeld/Westf. um Auskunft über das Recht auf sein von seiner Frau nach Norwegen entführtes Kind und die Möglichkeit der Rückgabe desselben an ihn,

14. Nr. 1270 von Adolf Weyland in Essen um Überprüfung seines Entnazifizierungsverfahrens,

15. Nr. 1317 von Fritz Schulte in Neheim-Hüsten um Untersuchung der gegen ihn ergriffenen Maßnahmen zu der auf Grund falscher Anschuldigung durchgeführten Räumung seiner Wohnung,

16. Nr. 1322 von Erna Hoffmann in Aachen um Erwirkung der Annullierung der Alimentenrestforderung des Jugendamtes Kiel von 223,26 DM — mit Stellungnahme des Jugendamtes der Stadt Kiel vom 28. April 1950,

17. Nr. 1385 von Karl Holthausen in Wuppertal-Elberfeld um Beförderung nach 31jähriger Dienstzeit,

18. Nr. 1533 von Ernst Falkenroth in Hagen in Westf. um Zuerkennung der Vaterschaft über sein Kind,

19. Nr. 1603 der Lehrerin a. D. Maria Scheiding in Bonn-Kessenich um Rückgängigmachung der Zwangspensionierung infolge unrichtiger amtsärztlicher Gutachten,

20. Nr. 1604 von Bernhard Poppen in Zwischenbergern, Post Strackholt (Ostfriesland), um Wiedereinstellung beim Wasserstraßenamt nach Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft,

21. Nr. 1650 von Wilhelm Hiller in Winterbach i. R., Kreis Waiblingen/Württ., um Durchführung eines Strafverfahrens gegen bestimmte Personen wegen Meineids bzw. Verletzung der Dienstverschwiegenheit,

22. Nr. 1652 von Richard Häberle in Stuttgart um Durchführung eines Verfahrens gegen den Justizminister Dr. Jos. Beyerle, Stuttgart, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit,

23. Nr. 1684 des Dipl.-Ing. Carl Böhm in Melkendorf über Kulmbach/Ofr. um Zuweisung einer anderen Wohnung und Schutz vor der Willkür der örtlichen Wohnungsbehörde,

24. Nr. 1723 von Max Meier in Deggendorf/Bayern um Rückgängigmachung seiner Entlassung von der Bundesbahn,

25. Nr. 1765 von Dr. Paul Lackert in Duisburg-Hamborn betr. Beschwerde gegen einen angeblich rechtswidrigen Bescheid der Kreisfeststellungsbehörde, Abt. Besatzungskosten, in Münster i. Westf. und Antrag auf Zahlung des Restbetrages seiner Schadensforderung in Höhe von 4625,85 DM aus einem Sonderfond,

26. Nr. 1788 von Paul Eckert in Großenwiehe, Kreis Flensburg, um Unterstützung bei der Auszahlung einer seit 1946 fälligen aber noch nicht ausgezahlten Lebensversicherung,

27. Nr. 1820 von Alfred Eichler in Hannover-Kirchrode um Erwirkung des Erlasses der 9/10 Zinszahlung für die 1. Hypothek von 2500 DM und Rückzahlung der bereits bezahlten Beträge,

28. Nr. 2094 des Polizeimajors a. D. Martin Leschke in Oberhausen-Sterkrade um Ermöglichung der Nachprüfung eines von der Militärregierung ergangenen Entnazifizierungsurteils — mit Stellungnahme des Justizministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 11. Mai 1950,

29. Nr. 2227 von Hans Korb in Würzburg um Rückgängigmachung seiner aus politischen Gründen verfügten Entlassung,

30. Nr. 2257 des Direktors a. D. Hans Geismann in Nürnberg um Anweisung an das Deutsche Patentamt in München zur beschleunigten Behandlung seiner Eingabe vom 6. Oktober 1949,

31. Nr. 2320 von Maria Prüter in Uerdingen a. Rh. um Beschaffung einer Hausmeisterstelle in einer Jugendherberge,

32. Nr. 3670 des Verbandes der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen für das Land Hessen, Ortsgruppe Erda, Kreis Wetzlar, um Erfüllung ihrer Forderungen hinsichtlich wirtschaftlicher Besserstellung der Körperbeschädigten, Rentner und Hinterbliebenen sowie namentliche Angabe der 177 Abgeordneten, die gegen diese Verbesserungsvorschläge gestimmt haben,

33. Nr. 3484 von Markus Küffner in Regensburg um Überprüfung der Personalpolitik des Präsidenten der Handwerkskammer Regensburg, Anton Kerlin, aus Anlaß der Kündigung des Dienstverhältnisses seiner Tochter Gertrud Küffner,

34. Nr. 3900 von F. A. Ludwig Sendker in Hildesheim um Kenntnisnahme von seiner Denkschrift „Ein zweites Versailles?“,

35. Nr. 4016 des Reichsbahninspektors a. D. Johannes Scholz in Erlangen um Wiederverwendung im aktiven Beamtendienst nach Pensionierung durch die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn,

36. Nr. 4051 von Heinrich Lux in Ahle, Kreis Herford, um Versorgung nach Artikel 131 des Grundgesetzes oder um Wiederverwendung im öffentlichen Dienst,

37. Nr. 4156 des Verbandsvorstandes der Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in Stuttgart um Genehmigung des von ihr ausgearbeiteten Entwurfs eines Gesetzes über den Deutschen Wetterdienst,

38. Nr. 4258 von Ewald-Pitt Schoppa in Hannover-Döhren betr. Kritik an der Arbeit des Bundestages und der Bundesregierung hinsichtlich a) der unberechtigten Reisekosten für den Abg. Götzendorff, b) der hohen Ausgaben der Steuergelder für die Regierung, c) der Abschaffung der Todesstrafe,
39. Nr. 4385 von Karl Acklmann in München um Wiedereinstellung bei der Bundesbahn nach seiner unverschuldeten Entlassung aus politischen Gründen und der Ablehnung seines Gesuches durch das Bundesverkehrsministerium,
40. Nr. 4788 von Karl Schmid in Lehmfelden, Post Roßbach/Opf., um Abstandnahme vom angebotenen und geplanten Beitritt zum Europarat,

als erledigt zu erklären;

V. über die Petitionen

1. Nr. 324 von Dr. August Classen in Krefeld um eine objektive Prüfung des von der Strafkammer beim Landgericht in Düsseldorf gegen ihn gefällten Urteils unter Hinzuziehung unabhängiger Laienrichter,
2. Nr. 3638 von August Huber in Braunschweig um Versorgung der ehemaligen SS-Angehörigen nach den Sätzen für die Versorgung der Berufssoldaten,
3. Nr. 3776 von Hans Thiele in Berlin-Friedenau um Erhöhung seiner Angestelltenversicherungsrente von 123 DM auf mindestens 300 DM gegen Hergabe seiner allen Problemen in Deutschland lohnenden vier Erfindungen,
4. Nr. 3874 von Ferdinand Koepp u. a. in Düsseldorf-Unterrath betr. Kritik an dem Benehmen der Bundestagsabgeordneten,
5. Nr. 3941 von August Schmidt in Weißenburg i. Bay. betr. Protest gegen die Ablehnung der Sommerzeit,
6. Nr. 3967 von Hermann Bruhn in Eberbach/Baden betr. Protest gegen neue Kriegstreiberei in Deutschland,
7. Nr. 4103 von H. Stracke in Wuppertal-Barmen betr. Protest gegen den hohen Kostenaufwand für die Besoldung der Minister, für den ganzen Behördenapparat sowie für die Diäten der Bundestagsabgeordneten,
8. Nr. 4166 von Walter Dammerow in Hannover um Überlassung von alten Briefumschlägen und Briefmarken für Sammlerzwecke,
9. Nr. 4274 von Adam Hacker in Bayreuth um Gewährung von Entlassungsgeld nach seiner am 15. November 1945 erfolgten Entlassung aus russischer Kriegsgefangenschaft,
10. Nr. 4284 von Dr. Hans Mewerla in Bonn um Zuweisung von Arbeit in seiner Freizeit zur Verbesserung seiner schwierigen Finanzlage,
11. Nr. 4380 der Firma Bürobedarf etc. Ferdinand Weber in Erbendorf/Opf. um Zuteilung des Druckauftrages für die neuen Personalausweise an das Notstandsgebiet der nördöstlichen Oberpfalz,
12. Nr. 4605 von Walter Wener in Altleiningen/Pfalz um eine Beihilfe zur Anschaffung eines motorisierten Krankenfahrzeuges, die ihm vom Landesversorgungs- und -fürsorgeamt abgelehnt wurde,
13. Nr. 4726 von K. W. Schmidt in Dietzenbach über Offenbach a. M. um a) Herabsetzung der Gehälter und sonstigen Einkünfte von Bundestagspräsident, Bundeskanzler, Bundesministern und Staatssekretären, b) Streichung der Zuwendungen an Kirchen und Großherzogliche Familien,
14. Nr. 4820 des Strafgefangenen Reinhold Brecht in Ludwigsburg betr. Beschwerde gegen den Vorstand des Landesgefängnisses Mannheim wegen Zurückbehaltung eines Briefes von ihm an den Weltbürger Nr. 1 Mr. Garry Davis,

zur Tagesordnung überzugehen;

VI. die Petitionen

1. Nr. 48 von Christian Stappen in Düsseldorf um Überprüfung des vom Landgericht Düsseldorf ausgesprochenen Strafurteils wegen Betrugs,
2. Nr. 162 von Julius Meyer in Gettorf bei Kiel um a) Zuzugsgenehmigung nach der Stadt Limburg/Lahn, b) Zuweisung eines Wohnraumes mit einem Verkaufsraum, c) Gewährung der Soforthilfe und d) Einräumung eines Betriebskapitals von 3000 DM,
3. Nr. 482 von Otto Beyer in Buer-Kesse betr. Beschwerde gegen Gerichtsbehörden wegen der Nichtverfolgung strafbarer Handlungen,
4. Nr. 633 von Robert Brink jr. in Wuppertal-Elberfeld um Bestrafung eines Polizeiwachtmeisters wegen Beleidigung,
5. Nr. 929 von Paula Dietz in Kahl am Main um Berücksichtigung ihrer besonderen Verhältnisse bei der endgültigen Festsetzung ihrer Entschädigungsansprüche aus Anlaß des durch Angehörige der USA-Besatzungsmacht verursachten tödlichen Unfalles ihres Mannes,
6. Nr. 958 des Friseurmeisters Otto Puck in Wanne-Eickel um Bewilligung eines Kredites zum Wiederaufbau seines durch Kriegsschaden total zerstörten Friseurgeschäftes,
7. Nr. 1015 von Heinrich Fittig in Gimbte über Münster um Überprüfung des ablehnenden Bescheides der Landesversicherungsanstalt Münster bezüglich der Übernahme der Zahnersatzkosten und Gewährung eines Zuschusses zur Deckung dieser Kosten,
8. Nr. 1140 von Elisabeth Loyen in München-Gladbach um Erwirkung der Entlassung bzw. Beurlaubung ihrer 15 Jahre alten Tochter aus der katholischen Volksschule,

9. Nr. 1291 von L. Kolodziej in Bremen/Burg um Wiederaufnahme des Strafverfahrens gegen ihn,

10. Nr. 1340 von Georg Schneidersmann in Olpe in Westf. um Erwirkung der Prüfung seines arbeitsrechtlichen Verhältnisses durch die Landeszentralbank als Nachfolgerin der Reichsbank,

11. Nr. 1700 von August Hubert Kremer in Hohen-Asperg/Ludwigsburg a. N. um Überprüfung der gegen ihn ergangenen Strafurteile

12. Nr. 2128 von Kurt Arndt in Dankelsheim über Seesen um Rückgabe bzw. Entschädigung für einen von der Regierung Schleswig-Holstein beschlagnahmten Lastzug,

13. Nr. 2206 von Theodor Fröhlich in Verden/Aller um Wiedereinstellung in den Polizeidienst oder Zahlung eines Wartegeldes,

14. Nr. 2240 von Franziska Henn in Köln-Merheim lrh. um Aufhebung des auf Wohnungsräumung lautenden Gerichtsurteils und Ersatz des ihr daraus entstandenen Vermögensschadens,

15. Nr. 2337 von Albert Hofinger in Lochham bei München betr. Beschwerde gegen die Bundesbahn wegen Schädigung in seinem Spruchkammerverfahren und Ersatz der daraus entstandenen Kosten in Höhe von 300 DM und wegen falscher Rechtsmittelbelehrung durch die Bundesbahn und Ersatz des daraus entstandenen Schadens,

16. Nr. 3066 von Fritz Meyhöfer in Stade/Elbe um Unterstützung bei dem Bau eines Eigenheimes durch Kapitalisierung seiner Rente und um Auskunft über andere Möglichkeiten zur Kapitalbeschaffung,

17. Nr. 3390 von Heinz Geld in Herford i. Westf. um einen Rat, wie er sich zur Unterhaltsklage einer Norwegerin verhalten soll, die angeblich von ihm ein Kind hat,

18. Nr. 3404 von Ernst Lorenz in Dorste, Northeim/Hann., betr. Beschwerde gegen die Einstellung des von ihm abhängig gemachten Verfahrens wegen Hausfriedensbruch durch den Oberstaatsanwalt,

19. Nr. 3420 von Anni Schultze in Reinfeld/Holstein um eine Sonderbeihilfe zur Linderung ihrer Notlage,

20. Nr. 3459 von Alfred Wüstl in Marlersreuth/Obf., Kreis Naila, um Auszahlung der Zusatzrente, für die er im Sudetenland Einzahlungen geleistet hat,

21. Nr. 3561 von Werner Dietz in Hamburg-Blankenese um Gewährung eines Flüchtlingskredites von 15 000 DM,

22. Nr. 3569 von Dr. med. Joachim-E. Elshorst in Bocholt/Westf. um Hilfe bei der Erlangung der zuvielbezahlten Lohnsteuer im Betrage von ca. 400 DM,

23. Nr. 3587 von Friedrich Puschmann in Weilheim/Obb. um Genehmigung zum Bau eines Geschäftshauses, die ihm bisher von der Hochbauabteilung nicht gewährt wurde,

24. Nr. 3630 von Wilhelm Fischer in Alfeld/Leine um Auskunft, an welche Stelle er sich als Sterilisierter um Wiedergutmachung wenden kann und Beschwerde gegen die Außenstelle Hildesheim wegen eigenmächtiger Herabsetzung seiner Invalidität auf 80%,

25. Nr. 3631 von Paul Heuser in Röhrmoos bei Dachau/Obb. betr. Beschwerde gegen die Bahnstation Röhrmoos wegen Bestrafung für die Übertretung von Verkehrsvorschriften,

26. Nr. 3637 von Franz Koch in Peiting/Obb. um Gewährung eines Baudarlehens von einem Abgeordneten,

27. Nr. 3644 von Erwin Bansen in Könau bei Wieren, Kreis Uelzen/Hann. um Einstellung als Postfacharbeiter im Bezirk der Oberpostdirektion Hannover als Schwerkriegsbeschädigter,

28. Nr. 3647 des Studienrats i. R. F. F. Meywald in Utford-Moers um beschleunigte Rückerstattung der im Jahre 1949 zuviel gezahlten Lohnsteuer im Betrage von 286 DM,

29. Nr. 3648 von K. W. Konejung in Solingen um Nachweis einer Stelle, die ihn kostenlos über die Rechtslage in Lohnsteuersachen unterrichtet,

30. Nr. 3657 von E. M. Solowan in Förtschendorf, Kreis Kronach/Ofr., um Gewährung eines Existenzkredites von 50 bis 60 000 DM,

31. Nr. 3658 von Heinrich Fichter in Roisdorf bei Bonn um Gewährung der bis jetzt abgelehnten Wirtschaftsbeihilfe vom Arbeitsamt Bonn,

32. Nr. 3671 von Otto Reyes in Regensburg um Wiedereinstellung in den Postdienst nach Entlassung wegen eines auf 3 Jahre Gefängnis lautenden Feldgerichtsurteils auf Grund eines Feldpostpäckchendiebstahls,

33. Nr. 3696 des Polizeimeisters a. D. Paul Fürst in Rösrath b. Köln um Wiedereinstellung in den Polizeidienst oder Zahlung einer Pension,

34. Nr. 3702 des Hausbesitzers Josef Fleischmann in Regensburg um Verschaffung eines Baudarlehens von 60 bis 80 000 DM zum Wiederaufbau seines bombenzerstörten und eines Bauzuschusses von 12 000 DM für die bereits erfolgte Wiederherstellung eines weiteren Hauses in Regensburg,

35. Nr. 3715 von Johann Imiela in München um die Möglichkeit, vor dem Bundestag die gegen Deutschland gerichteten Vernichtungspläne Großbritanniens bekanntzugeben,

36. Nr. 3718 von Franz Strusch in Immenhausen, Bezirk Kassel, um Wiedereinsetzung in den Beamtenstand auf Lebenszeit,

37. Nr. 3719 von Johannes Blaut in Nürnberg um Wiederverwendung im Polizeidienst,
38. Nr. 3723 des Beamten a. K. im Deutschen Patentamt Alfred Thesing in München um Einstellung des gegen ihn in München schwebenden Entnazifizierungsverfahrens,
39. Nr. 3728 des Bahnhofs-Hotelbesitzers Albert Pirsig in Schleswig um währungsumstellungsfreie Auszahlung seines durch die Beschlagnahme seines Grundstücks und Abhandenkommen von Gegenständen entstandenen Besatzungsschadens,
40. Nr. 3729 des Polizeimeisters a. D. Gustav Müller in Neustadt/Coburg um Gewährung einer Pension nach seiner Entlassung aus dem Polizeidienst wegen Zugehörigkeit zur NSDAP,
41. Nr. 3740 von Fritz Kießig in Kühbach, Post Floß/Opf., um Einstellung beim Bundestag,
42. Nr. 3752 von Fritz Kießig in Kühbach, Post Würzburg um Verschaffung einer Arbeitsstelle bei der Bundespost,
43. Nr. 3759 des Bürgermeisters a. D. Wilhelm Vette in Witzhelden um Gewährung seiner im Entnazifizierungsverfahren abgesprochenen Ruhegehaltsbezüge,
44. Nr. 3774 von Fritz Schiemann in Braunschweig um Auszahlung seines Arbeitsentgelts für die Zeit von Januar bis April 1945 bei der Wehrmacht,
45. Nr. 3794 des Steuerinspektors Georg Schreier in Wunsiedel/Ofr. um Wiedereinstellung in den Finanzdienst und bis dahin Zahlung eines Wartegeldes,
46. Nr. 3798 von Johann Seus in Dieler, Post Halsenbach (Hunsrück), um Wiederaufnahme des Strafverfahrens vom 13. Januar 1936, in dem er rechtskräftig wegen Beleidigung zu Gefängnis verurteilt wurde,
47. Nr. 3799 des Reichsbahnoberwerkmeisters Franz Ignatzy in Hönnepel, Kreis Kleve, um Wiedereinstellung bei der Bundesbahn nach seiner Flucht aus der Ostzone,
48. Nr. 3802 von Elisabeth Baader in Mittenwald um Erlaß der Soforthilfeabgabe mit Rücksicht auf ihre mißlichen Verhältnisse als Kriegerwitwe mit 4 Kindern,
49. Nr. 3805 von Richard Block in Bremen-Horn um Umtausch seiner ihm in dänischer Internierung ohne Quittung abgenommenen 55 000 RM,
50. Nr. 3807 von Ernst Piel in Süpplingen über Helmstedt um bevorzugte Rücksiedlung nach Köln,
51. Nr. 3825 von Edwin Wolf in Werdorf, Kreis Wetzlar (Hessen), um Auskunft, bei welcher Stelle er sich als Bankfachmann um Anstellung bei einer zu errichtenden Flüchtlings- oder Großbank bewerben kann,
52. Nr. 3831 von Hildegard Wagner in Garbenstein bei Wetzlar um Auskunft a) ob eine Möglichkeit besteht, ihre Postsparbücher ausbezahlt zu erhalten, obwohl sie am Währungsstichtag nicht in Westdeutschland wohnte, b) ob ihre Lebensversicherung aus denselben Gründen nicht ausbezahlt werden kann, c) ob ihre in Sorau/NL bestehenden Konten meldepflichtig sind, d) ob sie Anspruch auf Pensionszahlung hat und e) ob ihr keine Arbeit zum Unterhalt ihrer Kinder vermittelt werden kann,
53. Nr. 3844 von Heinrich Most in Kitzingen/Main um Verhinderung der Beschlagnahme seines neuerbauten Gaststättenbetriebes durch die Besatzungsmacht,
54. Nr. 3854 des Stadtinspektors Johann E. Krüger in Buchheim über Uffenheim/Mfr. um baldige Auszahlung von Wartegeld,
55. Nr. 3878 des Bezirksrichters und Konsulents a. D. Dr. Franz Wimbersky in Ingolstadt um Auskunft über die Möglichkeiten der Verwendung als Privatsekretär bei einem Abgeordneten,
56. Nr. 3883 von Georg Janoschek in Wennigloh bei Arnsberg um einmalige Zubilligung der Fahrpreisermäßigung für Ostflüchtlinge zum Besuch seiner in Erding bei München wohnenden betagten Eltern,
57. Nr. 3887 von Christoph Rehäuser in Oberrimbach, Post Burghaslach (Mittelfranken), um Vermittlung eines Darlehens von 7000 DM zum Bau eines Eigenheimes,
58. Nr. 3894 von Detlef Starke in Bonn um Gewährung einer Studienbeihilfe,
59. Nr. 3897 des Krankenkassenleiters a. D. Peter Georg Müller in Remagen am Rhein um Regelung seiner Versorgungsbezüge aus seinem letzten Arbeitsverhältnis als kommissarischer Leiter der Ortskrankenkasse Daun/Eifel,
60. Nr. 3898 von Gustav Buss in Preetz in Holstein um Wiedergewährung der Kolonialzulage zu den Pensionsbezügen,
61. Nr. 3905 von Hermann Mitterer in Altersham, Post Pfarrkirchen (Bayern), um Hilfe für seine Mutter in deren großer Notlage,
62. Nr. 3906 von Helmuth Hahn in Berlin um Beseitigung der Entnazifizierungsbestimmungen in Berlin und Wiedereinstellung in den Polizeidienst,
63. Nr. 3908 des stud. arch. Fritz Böger in Berlin um vorzeitige Streichung seiner Geldstrafe aus dem Jahre 1947 aus dem Strafregister zur Förderung seines Studiums,
64. Nr. 3928 von August Klös in Ratzeburg um Gewährung einer Entschädigung für seine im Kriege zerstörten Häuser in der Stadt Hamburg,
65. Nr. 3933 von Georg Wacob in Hirzenhain, Dillkreis, um Verschaffung einer seinen Fähigkeiten angepaßten Arbeitsstelle,

66. Nr. 3935 von Heinrich Mayer in Oberroßbach, Dillkreis (Hessen), um Umsiedlung in eine Stadt im Tauschverfahren mit einer anderen Flüchtlingsfamilie zum Zwecke der besseren gesundheitlichen Betreuung seiner kranken Tochter,
67. Nr. 3943 von Konrad Reindl in Vollnkirchen, Kreis Wetzlar, um Wiedereinstellung als Straßenmeister,
68. Nr. 3950 von Oskar Wirth in Köln-Dünnwald um ein langfristiges Darlehen zum Ankauf eines Fahrrad-Motors,
69. Nr. 3954 von Dora Malich in Hohenlimburg um Nachweis eines geeigneten Arbeitsplatzes an einer Berufs- und Berufsfachschule,
70. Nr. 3959 von Mathilde Thiel in Hildesheim um Einführung von Nichtraucher-Gaststuben,
71. Nr. 3966 von Alfred Simon in Tettenwang, Post Altmannstein (Oberpfalz), um nachträgliche Zuerkennung der Heimkehrerfürsorge,
72. Nr. 3974 von M. Dehmel in Wetzlar, betr. Beschwerde gegen den die Menschenwürde mißachteten Ton des Rechtsanwalt Schäfer in Wetzlar in dessen Schriftsatz in seinem Zivilprozeßverfahren,
73. Nr. 3975 von Theodor Grodtke in Wetzlar/Lahn um Auskunft über seine Versorgung als Berufssoldat nach 14jähriger Dienstzeit,
74. Nr. 3987 von Eugen Wirth in Hannover-Buchholz um Angabe der Anschrift derjenigen Stelle des Bundes, die Beschwerden gegen Behörden entgegennimmt,
75. Nr. 3989 des ostvertriebenen Beamten Friedrich Nah in Nürnberg-Wetzendorf um Gewährung von Wartegeld bis zur Wiederbeschäftigung,
76. Nr. 3992 von Nikol Voit in Fohrenreuth bei Rehau/Ofr. um Zuwendungen aus der Soforthilfe oder dem Lastenausgleich für Kriegssachschäden,
77. Nr. 3994 von Frau Helene Burr-Burk in Heidenheim-Brenz um Hilfe in ihrer Notlage,
78. Nr. 3996 des ehem. Finanzrates und Advokats Dr. Richard Flesch in Bad Wörishofen, Kreis Mindelheim, um Wiedergewährung der Pension,
79. Nr. 3997 von Josef Frick in München um Verschaffung einer Stelle im Staatsdienst,
80. Nr. 4000 des Reichsbahnsekretärs i. R. Wilhelm Knapp in Arnsberg in Westfalen um Ersatz seiner Kriegsschäden in Höhe von 40.000 DM.
81. Nr. 4005 von Albin Hitschfel in Eschenau, Kreis Erlangen bei Nürnberg, um Nachzahlung der ihm abgegangenen Arbeitslosenfürsorge und Verschaffung eines Arbeitsplatzes, sowie um Unterstützung seiner Beschwerde gegen das Arbeitsamt Nürnberg,
82. Nr. 4013 von Fritz Koopmann in Grevenbroich um Aufhebung des Urteils des Landesarbeitsgerichtes Düsseldorf in seinem Arbeitsgerichtsprozeß gegen das Land Nordrhein-Westfalen wegen Abgeltung des Urlaubs,
83. Nr. 4023 von Herbert Kaatz in Fürth/Bayern um Niederschlagung der vom Finanzamt geforderten Gewerbesteuer von 110 DM aus dem Jahre 1947,
84. Nr. 4026 des Lehrers August Hellhake in Warstein, Kreis Arnsberg, um Schutz gegen ungerechtfertigte Vorwürfe und ehrenkränkende Zurechtweisungen seitens des Regierungspräsidenten wegen seines durch Krankheit bedingten Fernbleibens vom Schuldienst,
85. Nr. 4030 von Eduard Müller in Schaittach bei Nürnberg um Unterstützung bei der Wiedererlangung seines 1945 gestohlenen und später durch die britische Militärregierung verkauften Personenautos,
86. Nr. 4034 von Oswald Langer in Dassel im Solling, Kreis Einbeck, um a) kostenlose Rückführung seiner im polnisch besetzten Gebiet wohnenden minderjährigen Kinder, b) Wiedereinstellung in den Polizeidienst und c) Gewährung einer laufenden Unterstützung bis zur eventuellen Einstellung,
87. Nr. 4035 des Lehrers Richard Opitz in Hohenassel über Lebenstedt, Kreis Wolfenbüttel, um Löschung der gegen seine Ehefrau ergangenen Geldstrafe, da die Straftat unter die Amnestie gefallen wäre,
88. Nr. 4036 des Lehrers Hilmar Müller in Haarenstroth bei Reil, Oldenburg-Land, um Entschädigung für die an einer Lagerschule in dänischer Internierung geleistete Lehrtätigkeit,
89. Nr. 4040 von Hermann Adolph in Hannover-Linden um Neufestsetzung seiner Kriegsbeschädigtenrente nach Ablehnung durch das Oberversicherungsamt,
90. Nr. 4050 von Johannes Schultze in Dingen, Kreis Stade, um Auszahlung der angeblich widerrechtlich vorenthaltenen Zahlung aus der Soforthilfe,
91. Nr. 4052 von Fritz Kuke in Ulm um Nachweis einer Stelle als Baufachmann,
92. Nr. 4055 von Georg Theile in Berlin-Lankwitz um Erwirkung der Zuzugsgenehmigung nach Wiesbaden,
93. Nr. 4065 von Max Emtmann in Weißenstadt/Fichtelgebirge um Weiterzahlung der Übergangsgebührnisse aus § 25 des Reichsarbeitsdienstversicherungsgesetzes vom 29. 9. 1938 nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft
94. Nr. 4075 von Willy Ziller in Grebenstein Kreis Hofgeismar, um Ausstellung eines Flüchtlingsausweises als durch die Bodenreform in der Ostzone Geschädigter zur Gründung einer neuen Existenz,

95. Nr. 4085 des Oberlagermeisters i. R. Johann Nießel in Donaustauf, Landkreis Regensburg, um Gewährung der ihm rechtlich zustehenden Pension,
96. Nr. 4088 der Tierarztwitwe Betty Wetzstein in Regensburg um Hilfe beim Wiederaufbau ihres bombenzerstörten Grundstückes,
97. Nr. 4089 von M. Schreiber in Regensburg um finanzielle Unterstützung zum Wiederaufbau seines bombenzerstörten Hauses durch Gewährung eines zinslosen Darlehens,
98. Nr. 4090 des Korvettenkapitäns a. D. Adolf Wasmann in Regensburg um Rückgängigmachung seiner ohne Angabe von Gründen erfolgten Kündigung durch das Bayerische Wirtschaftsministerium,
99. Nr. 4093 des Fußspezialisten und Masseurs Otto Nöltner in Uhlfeld über Neustadt/Aisch um Erlaß der Soforthilfeabgabe wegen besonderer wirtschaftlicher Notlage,
100. Nr. 4097 des Oberregierungsbaurats a. D. und Dipl.-Ing. Lerche in Bodenwerder (Niedersachsen) um eine Beihilfe aus Mitteln des Bundesfinanzministeriums zur Abwendung seiner wirtschaftlichen Notlage,
101. Nr. 4098 von Wilhelmine Enslin in Leipzig um Unterstützung der Bemühungen ihres Vaters um Rückführung aus Leipzig in seine Heimat nach Duisburg,
102. Nr. 4106 des ehem. Regierungs-Assistenten Ferdinand Rewig in Bühlberg, Post Ipsheim, um Wiedereinstellung in den Verwaltungsdienst,
103. Nr. 4108 von Erich Weber in Wetzlar um Berücksichtigung bei der Wiederbesetzung des Tabakwarenverkaufsstandes auf dem Bahnhof Wetzlar,
104. Nr. 4115 von Artur Tannhäuser in Ulm-Donau-Söflingen um Verschaffung einer Arbeitsstelle als Spätheimkehrer zur Abwendung seiner sozialen Notlage,
105. Nr. 4121 von Dr. med. Hans Richarz in Viersen-Rhld. um Hilfe in seiner wirtschaftlichen Notlage als Spätheimkehrer.
106. Nr. 4122 von Hans Stapenhorst in Celle/Hannover um Unterstützung seiner Bemühungen um Wiedereinstellung in seine alte Planstelle als Landstallmeister in Dillenburg/Hessen,
107. Nr. 4125 von Frieda Stingl in Reichelsheim im Odenwald um Verwendung ihres Ehemannes im Gaststättenbetrieb,
108. Nr. 4132 der Carl'schen Dampfziegelei Johann Carl & Sohn in Schwabach/Bayern um Angabe der für die Erteilung eines Anlaufkredits von 50 000 DM zuständigen Stelle für den Wiederaufbau seines kriegsbeschädigten Dampfziegeleibetriebes,
109. Nr. 4133 von Karl-Heinz Ryba in Lauf/Pegnitz um Unterstützung bei der Erlangung eines Flüchtlingsproduktivkredites,
110. Nr. 4143 von Kurt Häußler in München um Übernahme einer Bürgschaft durch den Bund zur Erlangung eines Existenzkredites oder anderweitige finanzielle Hilfe zur Erreichung desselben Zweckes,
111. Nr. 4146 von Alfred Polenz in Köln-Bickendorf um ein Wartegeld oder Gewährung von staatlichen Mitteln für Lehrwissenschaftliche Arbeiten,
112. Nr. 4149 von Heinz Grunicke in Schalksmühle/Westf. um Verschaffung einer passenden Arbeit,
113. Nr. 4151 von Fritz Stoffel in Altendorf, Kreis Unna/Westf., um Überprüfung seiner Erbschaftsangelegenheit hauptsächlich hinsichtlich der Mängel bei den Verfahren vor dem Amtsgericht Unna und dem Oberlandesgericht Hamm,
114. Nr. 4161 des Steuerinspektors Wilhelm Hasemann in Ulm/Donau um Gewährung der vollen Pension nach Entlassung aus politischen Gründen und Einstufung in die Gruppe der Mitläufer,
115. Nr. 4164 des Lehrers Adolf Thomas in Essen-Stadtwald um Ersatz für seinen von den Besatzungstruppen vor dem 1. 8. 1945 formlos beschlagnahmten Photoapparat,
116. Nr. 4176 von Alfred Waldmann in Erlangen um Vermittlung einer Stelle bei der Kriminalpolizei,
117. Nr. 4177 des Vereins für Fraueninteressen und Frauenarbeit und die Berufsorganisation für Hausfrauen in Augsburg betr. Protest gegen die Bestimmung in Art. 63 des Beamtengesetzes bezüglich der Entlassung von beamteten Frauen bei ihrer Verehelichung,
118. Nr. 4178 des ehem. Majors der Polizei Walter Tucknies in Solingen-Weyer um Gewährung einer Pension oder des Wartegeldes,
119. Nr. 4184 von Richard Neusinger in Lauf-Pegnitz um Wiedereinstellung bei der Bundesbahn,
120. Nr. 4185 des Regierungsinspektors a. D. Ernst Möller in Bückeburg um Gewährung der Pension als Regierungsinspektor (Kartograph) statt eines Unterhaltsbetrages von der Landesversicherungsanstalt Hannover,
121. Nr. 4186 von Eugen Paulowitz in Bonn um Bezahlung des Betrages von 37 906 RM für Mehllieferungen aus dem Jahre 1944 an die Reichsstellen für Getreide und Futtermittel in Hamburg und Heidelberg,
122. Nr. 4192 von Julius Szobigard in Offenbach/Main um Auskunft, warum er als Flüchtlingsbeamter keine Anstellung bei der Stadtgemeinde Offenbach erhalten kann und warum ihm Einheimische vorgezogen werden,
123. Nr. 4217 von Hans Dietrich Gubalke in Capetwon/South Africa betr. Beschwerde gegen die Entscheidung des Soforthilfeausschus-

ses Aurich und Bitte um Gewährung einer kleinen Rente an seine in München wohnende 80 Jahre alte Mutter,

124. Nr. 4221 von Emil Karl Schneider in Berlin um Wiederverwendung im Postdienst in Berlin,

125. Nr. 4226 von Walter Becker in Bremen um Erlaß der Gerichtskosten für seine Ehescheidung, die er als vermögensloser Spätheimkehrer im Armenrecht durchgeführt hat,

126. Nr. 4238 von Ludwig Steinmetz in Weiden/Opf. um a) Vermittlung der Pachtung eines Gastwirtsbetriebes und b) Auskunft über die Möglichkeiten eines Kapitalzuschusses zum Bau eines Eigenheimes,

127. Nr. 4241 des Postinspektors Justus Breuer in Nordenham in Oldenburg um Rückgabe des 1944 durch die Reichsstelle für Landbeschaffung der Brauer'schen Erbengemeinschaft enteigneten Hofes von der Hannoverschen Siedlungsgesellschaft, nachdem die Voraussetzungen für die Enteignung entfallen und auch noch keine Entschädigungen bezahlt sind,

128. Nr. 4245 des Entgeltprüfers a. D. Arthur Schneider in Neustadt bei Coburg um Weiterverwendung im bayerischen Staatsdienst als ehem. Entgeltprüfer beim Reichstreuhänder der Arbeit nach seiner Entlassung als Altparteigenosse,

129. Nr. 4246 von Horst Foerder in Süchteln bei Krefeld/Rhld. um Hilfe bei der Erlangung einer neuen Existenz als politischer Flüchtling aus der Ostzone und um Einbeziehung in die Soforthilfe,

130. Nr. 4259 von Karl Ruhe in Braunschweig betr. Beschwerde wegen seiner rechtswidrigen Entlassung aus dem Dienst der Stadtpolizei in Braunschweig,

131. Nr. 4260 von Walter Lehnhardt in Aumenau/Lahn um Prüfung seiner Unterlagen über seine von der Landesversicherungsanstalt abgelehnten Ansprüche auf Ruhegeld,

132. Nr. 4261 von Else Reu in Ziegenberg über Bad Nauheim, Kreis Friedberg, um Gewährung der Soforthilfe für ihren in Berlin entstandenen Kriegsschaden,

133. Nr. 4263 von Hans Seibold in Roth bei Nürnberg um Hilfe in seinen Bemühungen um Abwendung der Gefahr der Enterbung durch seine Eltern,

134. Nr. 4266 des Schwerkriegsbeschädigten und Hirnverletzten Hermann Bartels in Bad Harzburg um Wiedergewährung seiner im April 1950 um 20% gekürzten Rente als Hirnverletzter in voller Höhe,

135. Nr. 4271 von Gustav Melcher in Göttingen um Erlaß der Verfahrenskosten für sein Entnazifizierungsverfahren mit dem Ergebnis der Einstufung in die Gruppe V,

136. Nr. 4273 von Albert Sauter in Schluchsee, Kreis Neustadt (Württ.-Baden), um Auskunft, ob ihm nach freiwilliger Arbeitsverpflichtung in Frankreich im Anschluß an die Gefangenschaft das Entlassungsgeld, die Übergangsbeihilfe und der Betreuungsausweis zustehen,

137. Nr. 4275 von Wilhelm Bröker in Grub am Forst, Kreis Coburg, um Vermittlung eines Wiederaufbaukredites von 10 000 DM für sein Zentralheizungskessel-Fachgeschäft,

138. Nr. 4277 des kaufm. Angestellten Gustav Colvenbach in Bonn um Gewährung einer dem Wohlfahrtssatz entsprechenden Arbeitslosenfürsorge zur Erhaltung seiner Familie,

139. Nr. 4278 von Maria Eiermann in Walldürn/Nordbaden um Aufhebung der bizonalen Zweiten Verordnung zur Sicherung der Währung, soweit sie ihre Witwenpension um 65% gekürzt hat,

140. Nr. 4279 von Minna Riedel in Kitzingen am Main um Weitergewährung ihrer Pension durch die Bundespost nach Verlegung ihres Wohnsitzes von Altenburg in Thüringen nach Kitzingen am Main, dem Wohnsitz ihrer Tochter,

141. Nr. 4280 von Josef Jeschke in Marienwerder, Landkreis Stadtsteinach (Bayern), um Gewährung einer Versorgung aus seiner Tätigkeit als Berufssoldat der ehem.. K. u. K. Östereichischen Kriegsmarine in den Jahren 1908-1920,

142. Nr. 4285 von Wilhelm Scheck in Regensburg um Vermittlung einer Arbeitsstelle,

143. Nr. 4289 von Otto Schneider in Schwelm/Westf. um Bereitstellung langfristiger Kredite für fliegergeschädigte Gewerbetreibende ähnlich den Flüchtlingskrediten,

144. Nr. 4302 von Willy Barg in Kiel betr. Beschwerde gegen die Entscheidungen der Verwaltung für Wirtschaft, nach denen er wegen seiner politischen Tätigkeit im Dritten Reich nicht in den Einzelhandelsverband aufgenommen werden soll,

145. Nr. 4313 des Kunstmalers Franz Brichta in Steinheim, Kreis Heidenheim (Württ.), um Gewährung der vom Soforthilfeausschuß Heidenheim abgelehnten Unterhaltshilfe aus der Soforthilfe,

146. Nr. 4315 von Henni Müller in Cuxhaven um Hilfe in ihrer großen Notlage,

147. Nr. 4316 von Karl Blum in Frankfurt/M.-Rödelheim um Gewährung der ihm bisher abgelehnten Unterhaltshilfe,

148. Nr. 4320 von Dorothea Reitze in Wörth/Donau um Anerkennung der Beamteneigenschaft für ihren verstorbenen Ehemann, der zuletzt als technischer Sekretär bei der Stadtverwaltung Magdeburg angestellt war, und Regelung ihres Rechtsanspruches auf Versorgungsbezüge,

149. Nr. 4324 von Ernst Hippler in Bonn um eine Anleihe von 12 bis 15 000 DM als Vorauszahlung auf seine Kriegsschädenforderungen zur Wiedergründung seiner Existenz als Schreiner,

150. Nr. 4326 von Alfred Moessner in Gunzenhausen/Mfr. um Rückgängigmachung der im Jahre 1940 erfolgten Entmündigung,

151. Nr. 4327 von Charlotte Stein in Erlangen/Bayern um Auskunft, wann sie als Witwe des Geschäftsführers der Reichsunfallversicherung in Stettin mit einer Pensionszahlung rechnen kann,

152. Nr. 4330 des Dipl.-Ingenieurs und Reg.-Baumeisters Pius Obermeier in Regensburg um Vermittlung einer Anstellung im technischen Dienst, evtl. bei der Bundesbahn oder Bundespost,

153. Nr. 4334 des Architekten Heinrich Pröpper in Wilhelmhaven um Gewährung einer einmaligen Unterstützung von 1200 DM zur Bezahlung seiner rückständigen Beiträge zur Angestelltenversicherung,

154. Nr. 4355 des Bundestagsabgeordneten Hermann Troppenz in Helmstedt um Regelung der Rechtsverhältnisse nach Artikel 131 des Grundgesetzes für den Behördenangestellten August Kruse in Oldenburg in Oldenburg,

155. Nr. 4344 von Luise Kordel in Plettenberg-Holthausen um eine Abfindung für ihre Kriegshinterbliebenenrente zur Einrichtung eines Handarbeitsgeschäftes,

156. Nr. 4345 von Heinrich Kohlen in Gielsdorf bei Bonn um Gewährung eines Darlehens von 5000 DM zur Gründung einer Existenz,

157. Nr. 4346 von Walter Reichel in Rheinberg/Rhld. um möglichste Beschleunigung seines gegen seinen Bruder laufenden Schiedsgerichtsverfahrens, das durch unkorrekte Maßnahmen des gegnerischen Anwalts immer weiter verschleppt wird,

158. Nr. 4351 von Margret Zingsheim in Köln-Sülz um Vermittlung eines Darlehens von 20 000 DM zum Ankauf eines schweren LKWs,

159. Nr. 4362 von Ingrid Heller in Berlin-Nikolassee um Erwirkung der Zuzugsgenehmigung für ihren aus der Ostzone geflüchteten Onkel Wilhelm Sommerfeldt und dessen Ehefrau nach Iggensbach/Bayern,

160. Nr. 4367 von Heinrich Göke in Paderborn um Freigabe seiner gewerblichen Räume von der zum 1. Mai 1950 durch die englische Militärregierung ausgesprochenen Beschlagnahme,

161. Nr. 4369 von Kurt Hoffmann in Essen um eine gründliche Nachprüfung seines bei der Stadt Essen anhängigen Wohnungsstreites wegen angeblich widerrechtlicher Beschlagnahme von zwei Räumen durch das Wohnungsamt,

162. Nr. 4371 von Otto Goderbauer in Peißenberg/Obb. um Angabe der Stellen, bei denen er eine Entschädigung für seine Kriegs- und Währungsschäden geltend machen kann,

163. Nr. 4373 des Oberst a. D. Ludwig Schuster in Ischl, Gemeinde Seeon, Kreis Altenmarkt/Obb. um Auszahlung des am 1. Mai 1945 vom Versorgungsamt Wien abgeschickten, ihm aber nicht zugegangenen Pensionsbetrages und hilfsweise um Gewährung einer Unterstützung bis zur Bewilligung seiner Pension,

164. Nr. 4383 von Josef Krieger in Regensburg um Wiedereinstellung bei der Bundesbahn,

165. Nr. 4388 von Albert Werner in Wilhelmshaven um Gewährung einer einmaligen Notstandsunterstützung zur Begleichung seiner Schulden,

166. Nr. 4389 des Oberschullehrers i. R. Josef Schuy in Oberlahnstein, Kreis St. Goarshausen, um Unterstützung seines Gesuchs an das Bundesjustizministerium um Gewährung des Armenrechts für die Verhandlung vor dem Pensionsüberprüfungsausschuß beim Entnazifizierungs-Hauptausschuß Aachen,

167. Nr. 4391 des Justizoberinspektors und derzeitigen Fabrikarbeiters Friedrich Mende in Eiserfeld/Sieg, Kreis Siegen i. W., um Erwirkung der Zuzugsgenehmigung für seine in der Ostzone lebende Mutter und Schwester nach Datteln/Westfalen,

168. Nr. 4392 des Volksschullehrers Josef Königs in Brand bei Aachen um Erlaß der Soforthilfeabgabe für sein kriegsbeschädigtes Haus,

170. Nr. 4394 des Polizei-Verwaltungsinspektors a. D. Walter Stephan in Oberzenn/Mfr. um Wiedereinstellung in den Polizeidienst als ehemaliger Reichsbeamter der Polizei,

171. Nr. 4396 von Franz Plattmann in München um Maßnahmen gegen die Einflußnahme der KPD auf die Leitung der Gewerkschaften,

172. Nr. 4403 von Hubert E. Heidenbluth in Aschfeld bei Karlstadt a. M. um a) Gewährung einer Rente als unter 30% Kriegsbeschädigten, b) Aufhebung der Pensionskürzung für seinen Vater, c) Entschädigung an die Eltern für ihre im Kriege gefallenen Söhne,

173. Nr. 4416 von S. Haustein in Bad Segeberg/Holstein um Gewährung einer einmaligen Beihilfe wegen besonderer finanzieller Belastung,

174. Nr. 4427 von Cl. Deipenwisch in Paderborn um Aufwertung des Kaufpreises für sein verkauftes Geschäftsgrundstück,

175. Nr. 4431 von Emil Mohr in Obernburg am Main um Anrechnung seiner Militärdienstzeit auf sein Besoldungsdienstalter,

176. Nr. 4452 von Berta Fischer in Bremen-Colm um eine gesetzliche Möglichkeit zur Durchführung ihrer Ehescheidung, weil diese nach den geltenden Bestimmungen erst nach Rückkehr ihres Ehemannes aus der russischen Zwangsarbeit nach 12 Jahren möglich ist,

177. Nr. 4460 des Musikers Eugen Engel in Weißenburg/Bayern um bevorzugte Auszahlung von 6000 DM als Vorschuß auf seine Kriegsschäden zur Anschaffung von für seine Berufsausübung notwendigen Musikinstrumenten,

178. Nr. 4491 von Ernst Flidtner in Ulm/Donau um Auskunft, ob a) die Veranlagung zur Soforthilfe aus seinem Eigenheim für vier Jahre zu Recht besteht und b) eine Ermäßigung wegen seiner Invalidität und seiner Währungsverluste möglich ist,

179. Nr. 4493 von Fritz Esche in Hiltrop-Dorf/Westf. um Aussetzung seiner Zahlungsverpflichtung für seine von der STEG erworbenen Wehrmachtsbaracken bis zum endgültigen Lastenausgleich,

180. Nr. 4497 von Betty Oberbeck in Asendorf, Kreis Grafschaft Hoya, Niedersachsen, um Erwirkung der bisher abgelehnten Umsiedlung nach der französischen Zone,

181. Nr. 4517 von Walter Wolf in Meiste über Rüthen (Lippstadt) um Gewährung von Unterhaltshilfe aus der Soforthilfe,

182. Nr. 4522 des Strafgefangenen Ernst Gnamm in Schwäbisch-Hall um Erlaß seiner restlichen Zuchthausstrafe von zwei Jahren,

183. Nr. 4523 von Cleophas Rudnicki in Derschlag/Rhld., Oberberg. Kreis, um Gewährung der Überbrückungsbeihilfe für verdrängte Beamte,

184. Nr. 4525 von Jakob Andres in Dorfen-Markt, Kreis Erding / Obb., um Ermöglichung der Übersiedlung seiner in Belgrad (Jugoslawien) lebenden Familie nach Bayern,

185. Nr. 4532 von Karl Widmaier in Eichenau bei München betr. Beschwerde über die Ablehnung der beantragten Unterhaltshilfe,

186. Nr. 4546 von Ludwig Abels in Essen um Bewilligung eines Darlehens zur Anschaffung von Möbeln von seiner pensionszahlenden Behörde,

187. Nr. 4554 von Helmut Heinricht in Moordeich über Bremen um Rat und Hilfe in seiner materiellen und seelischen Notlage,

188. Nr. 4565 von Gottfried Künz in Niederbachem über Mehlem/Rh. um Erhöhung seiner Altersrente um 40 bis 50 DM,

189. Nr. 4568 von Alfred Ossadnik in Hagen-Vorhalle um ausnahmsweise Genehmigung des Antrages von Theodor Bergmann als Bauherrn auf Gewährung eines verlorenen Baukostenzuschusses für seinen geplanten Wohnungsneubau,

190. Nr. 4574 von Frau Bolz in Solingen-Wald um ungekürzte Zahlungen aus der Alters-, Witwen- und Unfallrente,

191. Nr. 4592 von Alfred Weczorek in Bockenem-Harz um Rat und Hilfe bei der Erlangung seiner zu Unrecht abgewerteten Forderungen aus einem Erbauseinandersetzungsvertrag,

192. Nr. 4594 von Fanny Plötz in Fürth/Bayern um Sicherung des Friedens durch Ächtung aller Kriegsvorbereitungen und Waffen, Unterschriftensammlung für diesen Zweck bei allen Völkern der Erde und Aushändigung dieses Schreibens an den Vorsitzenden der KPD, Herrn Reimann,

193. Nr. 4617 von Johanna Boismard in Solingen-Widdert um eine Sonderbeihilfe zur Instandsetzung ihres Hauses,

194. Nr. 4627 des Dipl. Volkswirts Heinrich Kunert in Göttingen um Zuweisung einer Behördenstelle innerhalb einer Frist von zehn Tagen,

195. Nr. 4634 des 2. Bürgermeisters a. D. und Ob.-Reg.-Rat a. D. Dr. Schulz in Hamburg betr Beschwerde gegen die von dem Senat der Stadt Hamburg durchgeführte Kürzung an seinen Versorgungsbezügen aus seiner Tätigkeit als pensionierter zweiter Bürgermeister der Stadt Altona,

196. Nr. 4642 von Adolph von Heymann in Bispingen über Soltau/Hannover betr. Beschwerde über die Zwangseinweisung einer in wilder Ehe lebenden Frau mit 5 Kindern in sein Haus,

197. Nr. 4660 von Karl Gebhard in Stuttgart um Überprüfung seines auf 10 Monate Gefängnis lautenden Strafurteils wegen Diebstahls,

198. Nr. 4674 von Hermann Schulze in Erlangen um eine einmalige Beihilfe von 350 DM zur Behebung seiner augenblicklichen Notlage,

199. Nr. 4690 von Wilhelm Zündorf in Eschweiler, Kreis Aachen, um Befürwortung seines Flüchtlings-Bauvorhabens,

200. Nr. 4702 von Valentin Hochheim in Reingsen, Post Ergste über Schwerte-Ruhr, um Gewährung der Unterhaltsbeihilfe,

201. Nr. 4708 von Josef Kind in Dortmund-Hörde um Vermittlung einer Arbeit und der Zuzugsgenehmigung für Bonn,

202. Nr. 4719 von Erich Zeising in Schuckenbaum Post Leopoldshöhe/Lippe, um Vermittlung eines Darlehens von 2000 DM zur Verwendung als Baukostenzuschuß,

203. Nr. 4727 des Regierungsbaumeisters a. D. und Oberstleutnants a. D. Karl Peters in Hamburg um Auskunft über die Möglichkeiten, nach 18 Dienstjahren eine Altersversorgung zu erhalten,

204. Nr. 4731 von Alfons Mertha in Waldliesborn, Kreis Beckum in Westf., um Auskunft, was er als Flüchtling zur Sicherung seines an einen Betrüger geleisteten Baukostenzuschusses unternehmen kann,

205. Nr. 4734 von Bruno Moeschke i. Kressbronn a. B. um Vermittlung eines geeigneten Arbeitsplatzes oder um Zahlung von Wartegeld,

206. Nr. 4735 des Studienrats i. R. Heinrich Wiethüchter in Münster/Westf. um Auskunft, wie er zu einer unabgewerteten Entschädigung für sein von der Besatzungsmacht beschlagnahmtes Klavier kommen kann,

207. Nr. 4745 von Gerda Ernst in Lüdinghausen/ Westf. um Zuteilung einer Tauschwohnung in Oldenburg oder Gewährung eines Baudarlehens,

208 Nr. 4759 von Mia Sarholz in Stadtlohn in Westfalen um Zuweisung einer Wohnung,

209. Nr. 4766 von Frau Hörsting in Emsdetten in Westfalen um Hilfe in ihrer großen Notlage,

210. Nr. 4773 von Bernhard Ribbeheger i. Drensteinfurt b. Münster i. W. um Erhöhung seiner Invalidenrente,

211. Nr. 4775 von Sofia Engelhardt in Augsburg um Schutz und Hilfe gegen die erlittene willkürliche Verhaftung und die ihr im Gefängnis zuteil gewordene unmenschliche Behandlung,

212. Nr. 4778 von Arthur Heimann in Berlin um Wiedereinstellung bei der Versicherungsanstalt Berlin nach erfolgter Entnazifizierung,

213. Nr. 4784 des techn. Reichsbahnoberinspektors Willi Krämer in Wiesbaden um Auskunft, wann mit dem Gesetz über Straffreiheit von Dienstvergehen zu rechnen ist und in welchem Rahmen es sich bewegt,

214. Nr. 4804 von Clemens Eickhoff in Herbern, Kreis Lüdinghausen, betr. Beschwerde gegen die Wohnungskommission in Herbern wegen Beschlagnahme von zwei Räumen seiner Wohnung,

215. Nr. 4838 von Arno Gehrmann in Brambauer/ Westf. um Vermittlung eines Baudarlehens als Ostvertriebener,

216. Nr. 4843 von Lothar Clewing in Werne a. d. Lippe um Vermittlung eines Mietzuschusses von 1000 DM zur Erlangung einer neuerstellten Wohnung in Künen,

217. Nr. 4850 der Zeitschriften- und Buchhandlung Edith Stengel in München um Vermittlung eines langfristigen Darlehens zum Wiederaufbau ihres Geschäftes,

218. Nr. 4867 von H. Hegemann i. Ahlen i. Westf. um Weitergewährung der ungekürzten Rente von der Unterstützungskasse der Privateisenbahnen oder Gewährung der Unterhaltsbeihilfe aus der Soforthilfe,

219. Nr. 4896 des Bautechnikers Anton Stockhausen in Hönningen/Rh. um Auskunft über den Anspruch auf Kündigungsschutz und über die Anwendung des Heimkehrergesetzes auf ihn als am 1. Dezember 1949 aus der russischen Kriegsgefangenschaft Zurückgekehrten,

220. Nr. 4924 von Egon Kraft in Steinbach a. Heide, Post Ludwigsstadt/Ofr., um Umsiedlung in eine verkehrsgünstig gelegene Stadt und Vermittlung einer Arbeitsstelle,

221. Nr. 4937 von Josef Heggen in Essen-Altenessen um Erwirkung eines Heimkehrer-Produktivkredites vom Lande Nordrhein-Westfalen,

222. Nr. 4947 von Frau Johann Buch in Merfeld ü. Dülmen, Kreis Coesfeld, um Rückführung der aus Köln Evakuierten in ihre Heimatstadt und Gleichstellung mit den Flüchtlingen in Bezug auf Wohnungen,

223. Nr. 4950 von Helene Welzel in Rheine in Westf. um Hilfe in ihrer großen Notlage,

224. Nr. 5006 von Erwin Schmidt in Amelsbüren/Westf. um Erwirkung der Genehmigung zur Errichtung eines Spezialverkaufsstandes für Obst, Gemüse, und Südfrüchte i. Münster/ Westf. durch die maßgebende Stelle,

225. Nr. 5015 von Hans Joachim Buchholz und Kurt Schruteck in Melle/Niedersachsen um Hilfe bei der Gründung einer Existenz durch Gewährung einer Rente oder eines Darlehens,

226. Nr. 5027 von Karl Amrhein in Aschaffenburg um Befreiung von der Abgabepflicht für den Lastenausgleich,

227. Nr. 5028 des Reg.-Oberinspektors Karl Meyer in Braunschweig um a) Anweisung des Arbeitsamtes Braunschweig zur Zahlung der Arbeitslosenfürsorgeunterstützung für die Zeit vom 25. Juni bis 1. November 1948 und 19. Juli bis 26. November 1949, b) Gewährung eines Rechtsbeistandes in der von der Nibelungen-Wohnbau-Gesellschaft in Braunschweig erhobenen Klagesache auf Wohnungsräumung,

228. Nr. 5041 von Erika Koch in Wipperfürth/ Rhld. um Vermittlung eines Leerzimmers für sich und ihre Mutter,

229. Nr. 5058 von Helene Neugebauer in Jork, Kreis Stade (Bez. Hamburg), um Vermittlung eines Kredites für ihren Sohn zum Eintritt als Teilhaber in eine Drogerie,

230. Nr. 5090 von Anna Kiechle in Egghalden, Post Bösenreuthin über Lindau (Bodensee), um Regelung der Erbschaftsangelegenheit ihrer Mutter Franziska Huber,

231. Nr. 5092 von Alfred van Pee in Strückhausen i. Oldenburg um Erteilung der Zuzugsgenehmigung nach Köln und Gewährung der Hausrathilfe,

232. Nr. 5158 von Cilly Scheffler in Recklinghausen-Süd um Hilfe gegen einen Wechselbetrüger,

233. Nr. 5175 des Ingenieurs Günther Kazmierzak in Bayreuth um Begleichung seiner Forderungen gegen den Bundestagsabgeordneten Loritz in Höhe von 174,50 DM,

234. Nr. 5190 von B. Zeppenfeld in Vlotho/Weser um Auskunft, wie er als Heimkehrer in den Genuß eines Existenzdarlehens kommen kann,

als ungeeignet zur Behandlung im Bundestag zu erklären.